

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung

des Ortsbeirates Gartenstadt

von Ludwigshafen am Rhein

Sitzungstermin:	Freitag, den 28.08.2020
Sitzungsbeginn:	15:00 Uhr
Sitzungsende:	16:10 Uhr
Ort, Raum:	Rathaus, Stadtratssaal

Anwesend waren:

Ortsvorsteher

Andreas Rennig

CDU-Ortsbeiratsfraktion

Katharina Sommer

Eva-Maria Uebel

Ulrich Sommer

Lukas Muciek

SPD-Ortsbeiratsfraktion

Markus Lemberger

Stefan Klee

Elisabeth Schäfer

Norbert Kimpel

FDP-Ortsbeiratsmitglied

Joachim Vocke

DIE GRUENEN - Ortsbeiratsmitglied

Claus Guntrum

Martina Holzbecher

FWG-Ortsbeiratsmitglied

Hans Arndt

Schriftführer/in

Brigitte Kachelmeier-Schmitt

Entschuldigt fehlten:

CDU-Ortsbeiratsfraktion

Birgitta Frings

SPD-Ortsbeiratsfraktion

Barbara Lemberger

FWG-Ortsbeiratsmitglied

Markus Sandmann

im Ortsbezirk wohnende Stadtratsmitglieder

Manfred Hartinger

Dr. Peter Uebel

Ibrahim Yetkin

Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Bericht Ortsvorsteher
3. Vorstellung VRN Netbike in der Gartenstadt
Vorlage: 20202044
4. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Reinigung der Denkmäler und Gedenksteine
Vorlage: 20202023
5. Antrag der FWG-Ortsbeiratsfraktion
Abgeschleppte Fahrzeuge auf dem Parkplatz Raschigstraße am Mundenheimer Friedhof
Vorlage: 20202007
6. Antrag der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion
Sanierung Friesenheimer Weg
Vorlage: 20202010
7. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Instandsetzung der Inlineskateranlage an der Sachsenstraße
Vorlage: 20202024
8. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Aufstellung eines Altkleidersammelcontainers
Vorlage: 20202025
9. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Bolzplatz an der Ernst-Reuter-Grundschule
Vorlage: 20202026
10. Gemeinsame Anfrage der CDU- und SPD-Ortsbeiratsfraktion
Konzept Umgestaltung Ladenzeile
Vorlage: 20202022
11. Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion
Insektenfreundliche Grünflächen der GAG
Vorlage: 20202015
12. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Anwohnerparkplätze Herxheimer Straße
Vorlage: 20202018
13. Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion
Wißmann- und Petersstraße
Vorlage: 20202017

14. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Umbaumaßnahmen an der Ernst-Reuter-Schule
Vorlage: 20202021

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß; der Ortsbeirat Gartenstadt war beschlussfähig.

Protokoll:

zu 1 Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende der Siedlergemeinschaft Niederfeld e.V. informiert über die Aktion „Bürger spenden Bäume“ der Siedlergemeinschaft Niederfeld e.V. Ziel der Aktion: Baumspender für Neupflanzungen von 50 Bäumen in der Gartenstadt zu finden. Spende pro Baum 250,00 Euro.

Unterstützt wird die Aktion von den Mitgliedern des Ortsbeirates.

Ein Bürger bedankt sich für die dynamische Fahrgastinformationen, die an der Haltestelle Marienkrankenhaus wieder installiert wurde.

zu 2 Bericht Ortsvorsteher

Ortsvorsteher Andreas Rennig informiert über folgendes:

1. Ab 2021 finden die Sitzungen des Ortsbeirates rollierend statt, d. h. abwechselnd freitags, 15.00 Uhr, die darauffolgende Sitzung an einem anderen Wochentag, 17.00 Uhr. Die genauen Termine werden noch bekanntgegeben.
2. Betreffend „Ausbau Salzburger Straße“ fand mittlerweile die Bürgerbeteiligung statt, die Anwohner wurden durch ein Anwohner-Schreiben und Flyer informiert. Vorschläge wurden von der Verwaltung berücksichtigt, z. B. Einbau von Inseln, Erhöhung der Baumpflanzungen. Beginn: 2. Quartal 2021.
3. Massive Beschwerden betreffend Spielplatz Forster Straße. Der vorhandene Basketballkorb wird überwiegend in den Abendstunden (21-22 Uhr) von Jugendlichen genutzt. Gespräche von Anwohnern mit den Jugendlichen brachten bislang keinen Erfolg. Aus diesem Grund sollen die Benutzungszeiten genau definiert werden. Auch wurde die Straßensozialarbeiterin gebeten, Kontakt mit den Jugendlichen aufzunehmen. Sollte keine Besserung der Lärmbelästigungen eintreten, ist zu überlegen, den Basketballkorb evtl. zu entfernen.
4. Grünschnitt Niederfeld (Ladenzeile). Die letzten Arbeiten wurden mittlerweile erledigt, d. h. das Grün von dem Gehweg gefräst.

5. Ein Projekt der GAG in der Ernst-Reuter-Siedlung „Miet-Wohnungsbauprogramm der Landesregierung“.
6. Der entfallene Termin im Frühjahr betreffend Überdachung der Haltestellen Marienkrankenhaus, soll in naher Zukunft mit den Fraktionssprechern und dem zuständigen Sachbearbeiter stattfinden.

zu 3 Vorstellung VRN Netbike in der Gartenstadt

Herr Thomas Lappe, Bereichsleiter Verkehrsplanung, informiert den Ortsbeirat ausführlich über die Ausweitung bzw. den Beginn und die Entwicklung von VRNnextbike. Im März 2015 wurden 5 Stationen mit 40 Mietfahrrädern (sogenannte Classic-Bikes) in Ludwigshafen installiert. Bis 2019 wurde das System ausgebaut auf 19 Stationen und 125 Mietfahrrädern. Der Vertrag ist im März 2020 ausgelaufen und wurde verlängert bis 2024. Seit Mai 2020 sind die Stationen als sog. „Rent-by-App-Stationen“ ausgebildet (SmartBikes 2.0). 130 zusätzliche Mietfahrräder sind mit einer GPS-Ausstattung und sogenannten „Frame-Locks“ ausgestattet. Wegfallen werden die Terminals und die Rackets zum Einstellen. Sie werden durch Bodenmarkierungen ersetzt. Es gibt keine Elektro- und Lastenfahrräder. Bedingt durch die positive Entwicklung wurde eine Ausdehnung auf weitere 5 Stadtteile mit 26 Stationen geprüft. Die Kosten für die Laufzeit von 5 Jahren belaufen sich auf 550.000 Euro.
Ziel: Im April 2021 an den Start zu gehen.

Kriterien für die Festlegung der Standorte, in Abstimmung mit VRNnextbike:

- Nähe zu ÖPNV-Anschluss
- Nutzerpotential im Umfeld
- Nähe zu publikumsintensiven Einrichtungen
- Korrespondenz der Stationen zueinander (Ausleihe-Rückgabe)
- Flächenverfügbarkeit vor Ort (städtisches Eigentum)
- sonstige Einschränkungen

In der Gartenstadt sollen 2021 insgesamt 4 Stationen installiert werden:

- Kärntner Straße
- Marienkrankenhaus
- Hochfeldstraße
- von-Kieffer-Straße

Der Ortsbeirat befürwortet die Einrichtung der 4 Stationen in der Gartenstadt.

Nach seinem Vortrag beantwortet Herr Lappe noch Fragen aus dem Ortsbeirat, z. B. Vorgang des Abstellens der Fahrräder, Kosten.

Der Ortsvorsteher und die Fraktionen bedanken sich bei Herrn Lappe für seinen Vortrag.

zu 4 Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion Reinigung der Denkmäler und Gedenksteine

Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest die Stellungnahme der Verwaltung (Bereich Grünflächen und Friedhöfe), die mitteilt:

„Wir überprüfen, welche der Denkmäler und Steine sich im Eigentum der Stadt befinden und den Reinigungsbedarf und informieren den Ortsvorsteher über die beabsichtigten Maßnahmen.“

Der Antragsteller nimmt die Antwort zur Kenntnis. Des Weiteren die Bitte an die GAG, dass am ältesten Haus in der Gartenstadt, Maudacher Str. 224, das Schild mit der Aufschrift "Nußhof" erneuert wird.

**zu 5 Antrag der FWG-Ortsbeiratsfraktion
Abgeschleppte Fahrzeuge auf dem Parkplatz Raschigstraße am Mundenheimer Friedhof**

Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest die Stellungnahme der Verwaltung (Bereich Straßenverkehr – Verkehrsüberwachung), die mitteilt:

„Die abgestellten/ abgeschleppten Fahrzeuge auf dem Friedhofsparkplatz haben mit der Stadtverwaltung- Abteilung Abschleppmaßnahmen nichts zu tun.“

Abgeschleppte Fahrzeuge werden, sofern sie eine Zulassung haben, generell sofort auf das Verwahrgelände des städt. Abschleppunternehmers umgesetzt. Fahrzeuge ohne Zulassung und Fahrzeuge mit ausländischer Zulassung werden entweder sofort auf das Verwahrgelände in der Achtmorgenstraße, oder auf das Verwahrgelände in der Robert-Mayer-Straße (beide von dem Bereich Straßenverkehr angemietet) verbracht.

Wer dorthin Fahrzeuge abschleppen lässt, ist uns nicht bekannt. Sicher ist jedoch, dass die Fahrzeuge nicht vom Bereich Straßenverkehr der Stadtverwaltung Ludwigshafen dorthin abgeschleppt werden.

Wir werden ab sofort den Parkplatz zusätzlich kontrollieren und nach der gesetzlichen Handhabung mögliche Maßnahmen einleiten.“

Der Antragsteller nimmt die Antwort zur Kenntnis, behält sich aber vor, die Situation zu beobachten.

**zu 6 Antrag der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion
Sanierung Friesenheimer Weg**

Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest die Stellungnahme der Verwaltung (Bereich Tiefbau – Straßen- und Brückenbau, die mitteilt:

„Wir haben den Zustand des Weges überprüft.

Derzeit ist der Weg für motorisierte Fahrzeuge, ausgenommen Anliegerverkehre, gesperrt. Eine explizite Ausweisung des Weges als Radweg und Fußweg ist nicht vorhanden.

Der Weg ist fast auf seiner gesamten Länge asphaltiert. Hiervon ist lediglich eine kleine Teilstrecke von ca. 20 m ausgenommen, die nur geschottert ist. In kleineren Teilabschnitten sind derzeit als gering einzustufende Wurzelaufbrüche feststellbar.

Da der Weg nicht ausdrücklich als Fuß- und Radweg ausgewiesen ist, sind für die Beurteilung des Zustandes seiner Befestigung auch nicht die Vorgaben für ausgewiesene Rad- und Gehwege zu Grunde zu legen. Vielmehr muss hier die Beurteilung des Zustandes entsprechend den geringeren Vorgaben für Wege außerhalb eines bebauten Bereiches erfolgen. Unter dieser Voraussetzung ist der Weg trotz seiner feststellbaren kleineren Unebenheiten durch Wurzelauftrieb und der geschotterten Teilfläche noch als verkehrssicher einzustufen.

Wir werden daher die festgestellten räumlich begrenzten Schadstellen im Rahmen der uns zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel sanieren, soweit dies zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit erforderlich ist. Die durch die Wurzel verursachten Unebenheiten werden wir im Rahmen unserer routinemäßigen Kontrollen weiter begutachten. Sollte sich deren Zustand verschlechtern werden wir entsprechende Sanierungsmaßnahmen durchführen.“

Der Antragsteller und der gesamte Ortsbeirat sind mit Antwort sehr unzufrieden, da er der Meinung ist, der Weg sollte sowohl für Fußgänger und Radfahrer attraktiv und gut benutzbar sein und wünscht eine Beseitigung der vorhandenen Unebenheiten. Des Weiteren ist der Weg unbeleuchtet und somit sind die Schäden bei Dunkelheit nicht ersichtlich.

zu 7 Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion Instandsetzung der Inlineskateranlage an der Sachsenstraße

Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest die Stellungnahme der Verwaltung (Bereich Grünconsulting), die mitteilt:

„Die Inlineskateranlage wird regelmäßig kontrolliert und weist keine Schäden auf. Die Beschriftungen/Bemalungen/Graffitis auf der Anlage beeinflussen die Nutzung des Gerätes nicht.

Des Weiteren konnte bei einer Ortsbegehung keine Verschmutzung festgestellt werden. Sowohl die Grünflächen als auch das Basketballfeld waren frei von Müll o.ä. Insofern kann auch kein Rückschluss auf eine widerrechtliche Nutzung gezogen werden.

Der Platz kann von mehreren Seiten gut eingesehen werden, sodass beim Vorbeigehen ein Blick von der Straße auf die Anlage gut möglich ist. Auf Höhe der Schallschutzmauer ist eine Einsicht nicht möglich, jedoch kann beim Umrunden des Platzes auch von der gegenüberliegenden Seite Einblick genommen werden.

Zum Spielen und Bolzen steht auch der dahinterliegende, saubere Rasenbolzplatz zur Verfügung.

Aus den genannten Gründen sehen wir keine Veranlassung zur Umgestaltung.“

Der Antragsteller ist mit der Antwort nicht zufrieden. Da öfters bis spät abends der Basketballkorb bespielt wird, sollte man die Situation beobachten und die Streetworkerin der Stadt Ludwigshafen vermittelnd einbinden. Des Weiteren wurden die „wilden Graffitimalereien“ bemängelt.

zu 8 Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion Aufstellung eines Altkleidersammelcontainers

Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest die Stellungnahme der Verwaltung (Bereich Tiefbau), die mitteilt:

„Die Stadt Ludwigshafen erlaubt gemäß der Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen interessierten Unternehmen auf Antrag die Aufstellung von Altkleidercontainern im öffentlichen Verkehrsraum. Aufgrund dessen können wir lediglich einem Sammelunternehmen diesen Stellplatz anbieten.

Die Verwaltung hat jedoch keinen Einfluss darauf, inwieweit unser Angebot angenommen wird.

Eine Zusage, ob und wann an dem gewünschten Stellplatz wieder ein Altkleidercontainer aufgestellt wird können wir daher nicht geben.“

Der Antragsteller nimmt die Antwort zur Kenntnis.

zu 9 Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion Bolzplatz an der Ernst-Reuter-Grundschule

Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest die Stellungnahme der Verwaltung (Bereich Bauverwaltung), die mitteilt:

„Der Bolzplatz ist zur Zeit der Schule zugeordnet. Die städtischen Schulhöfe stehen grundsätzlich außerhalb der Schulzeit, an Wochenenden und in den Ferienzeiten bis abends 19:00 h für Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahr zur Verfügung.

Der Bolzplatz ist abgeschlossen, weil er abgelegen ist und der Hausmeister diesen nicht kontrollieren möchte.

Wir werden die Schulverwaltung informieren, dass der Bolzplatz zu öffnen ist.

Parallel dazu versuchen wir den Bolzplatz in die Inhaberschaft von 4-15 zu transferieren.

Damit wäre er ein öffentlicher Bolzplatz und frei zugänglich.

Wir weisen weiterhin darauf hin, dass der Rasenplatz östlich vom Bolzplatz offen und frei bespielbar ist.“

Der Antragsteller nimmt die Antwort zur Kenntnis.

**zu 10 Gemeinsame Anfrage der CDU- und SPD-Ortsbeiratsfraktion
Konzept Umgestaltung Ladenzeile**

Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest die Stellungnahme der Verwaltung (Bereich Stadtplanung), die mitteilt:

„Die optische Aufwertung des Bereichs vor der Ladenzeile ist seit langem ein Anliegen des Ortsbeirats. Insbesondere wurde auf den Pflegezustand des Platzes und der umliegenden Grünfläche abgestellt. Im Folgenden möchten wir wie bereits in der OBR-Sitzung im Februar geschehen, auf die bisher angesprochenen Vorschläge und deren Umsetzungsmöglichkeiten eingehen:

Pflege von Platz und Grünflächen:

Wie berichtet liegt die **Reinigungspflicht für die Platzfläche** selbst laut der maßgeblichen Satzung bei den Eigentümern der am Platz liegenden Häuser. Eine diesbezügliche Änderung kann nur durch Satzungsänderung, d.h. Beschluss der hierfür zuständigen politischen Gremien, erfolgen. Ansprechpartner bei der Verwaltung ist der Bereich Stadtreinigung. Der Bereich Stadtplanung kann hierzu leider keine weiteren Vorschläge unterbreiten.

Hingewiesen hat der Ortsbeirat auch auf die mangelnde **Pflege der Grünflächen** am Rande des Platzes. Hierdurch würde durch Polleneintrag in die Platzfläche dessen Reinhaltung durch die Anwohner erschwert. Diesen Hinweis haben wir bereits an die zuständige Stelle weitergeleitet.

Gestaltungsvorschläge

Bereits in der Februarsitzung des Ortsbeirats wurde über die Umgestaltungsmöglichkeiten des Platzes vor der Ladenzeile, aber auch des Längsparkstreifens vor der Johanneskirche diskutiert.

Platz vor der Ladenzeile

Aufgrund der begrenzten finanziellen Möglichkeiten der Stadt wurde von einem Kompletttausch des bestehenden Pflasters abgeraten. Dies würde zwar hohe Kosten verursachen, an der von Seiten des Ortsbeirats besonders kritisierten Problematik der unzureichenden Platz- und Grünpflege jedoch nichts ändern. Ganz abgesehen davon, dass mehr als fraglich ist, ob die notwendigen Mittel überhaupt bereitgestellt werden könnten.

Stattdessen wurden Vorschläge unterbreitet, die in kleinen Schritten und zumindest in Teilen auch mit Hilfe privaten Engagements umsetzbar sind. Im Folgenden sind die von uns gemachten Vorschläge und weitere Vorschläge aus dem Ortsbeirat noch einmal zusammengefasst:

- Neumöblierung des Platzes durch Sitzmöbel entlang der Grünbeete am Platzrand und um die Skulptur herum (Möglichkeiten der Umsetzung werden derzeit vom zuständigen Bereich geprüft)
- Gestaltung des Platzes mit Spielpunkten (die Möglichkeiten der Umsetzung werden derzeit vom zuständigen Bereich geprüft)
- Eintragung von z.B. einem Schachfeld auf dem Platz durch Farbgestaltung (die Möglichkeiten der Umsetzung werden derzeit vom zuständigen Bereich geprüft)
- Aufstellen von urban gardening – Boxen, wenn im Vorfeld Paten gefunden werden können, die sich um die Pflege der Kästen kümmern; Aufstellen eines Büchertauschkastens. (OV Rennig bemüht sich um Erstkontakte zu möglichen Partnern vor Ort wie KITAS, Vereine, Bibliothek, ...)

Umgestaltung des Parkstreifens auf der dem Platz gegenüberliegenden Straßenseite sowie der Einbau von Gehwegnasen als Querungshilfe für Fußgänger (s. Skizze). Die bisherigen hausinternen Prüfungen haben folgendes Zwischenergebnis gebracht:



Die Kosten für den Einbau der Gehwegnase belaufen sich laut Einschätzung der zuständigen technischen Stelle auf etwa 12.000 Euro. Der Rückbau des Parkplatzstreifens und dessen Umgestaltung zu einem Grünstreifen mit Bäumen wurde überschlägig auf 25.000 Euro (davon ca. 10.000 Euro für die Bäume, inkl. 3-jähriger Pflege) geschätzt.

Finanzierungsmöglichkeiten:

Die Maßnahme kann nicht aus Ausbaubeiträgen finanziert werden. Das bedeutet, dass die Maßnahme zu 100 % aus städtischen Mitteln finanziert werden müsste (abzgl. evtl. Spenden Dritter für z.B. einzelne Bäume oder auch den kompletten Grünstreifen). Problem hierbei: Bei Maßnahmen, die zu 100 % mit Mitteln aus dem städtischen Haushalt umgesetzt werden müssten ist nach Vorgabe der Finanzaufsicht zunächst die „Unabweisbarkeit“ dieser zu prüfen. Ob eine solche Unabweisbarkeit vorliegt, muss noch von den zuständigen Stellen abschließend geprüft werden.

Die Antragsteller finden die Antwort nicht zufriedenstellend, da sie der Meinung sind, dass in diesem Bereich etwas passieren sollte. Die Zusage der Überplanung wurde nach ihrer Meinung nicht eingehalten und es Möglichkeiten für die Finanzierung evtl. durch Förderpakete

geben könnte. Auch sollten Überlegungen von Seiten der Verwaltung angestrebt werden, den Fußweg in einen Platz umzuwidmen (Siedlerdenkmal). Auch wird die nicht stattgefundene Baumpflanzung angesprochen.

**zu 11 Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion
Insektenfreundliche Grünflächen der GAG**

Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest die Stellungnahme der Verwaltung (Bereich Umwelt), die mitteilt:

„Antwort GAG:

Bereits in 2017 hat die GAG in Zusammenarbeit mit dem NABU Rheinland-Pfalz eine rund 2.500 m² große insektenfreundliche Wildblumenwiese realisiert. Auch an ein Bienenhotel und Nistplätze für Bodenbrüter aus Sand, Steinen und Totholz wurde gedacht, um so die Artenvielfalt bestmöglich zu unterstützen.

Intern hat das Projekt Frau Dagmar Wolpert planerisch begleitet. Die dort gemachten Erfahrungen lässt die GAG auch in die vielfältigen Modernisierungs- und Neubauvorhaben mit einfließen. Aber Artenschutz hört für die GAG nicht bei Wildblumen und Insekten auf, sondern erstreckt sich ebenso auf den Bereich der Gebäudebrüter. So finden bei Modernisierungsprojekten der GAG regelmäßig auch Mauersegler, Fledermäuse & Co. ein neues Zuhause.

Konzeptionell geht die GAG bei Modernisierungsmaßnahmen vor allem große artenarme Freiflächen, die nicht als Spiel- oder Aufenthaltsbereiche genutzt werden, an, um die Artenvielfalt, aber auch das optische Erscheinungsbild der Anlagen nachhaltig zu verbessern.

Antwort BASF Wohnen und Bauen:

Gibt es bereits Grünflächen, die umgestaltet wurden?

BASF Wohnen + Bauen hat in verschiedenen Wohngebieten insektenfreundliche Grünflächen angelegt oder lässt Wiesenflächen ungemäht. Insgesamt achtet die BASF Wohnen + Bauen bei der Anlage ihrer Grünflächen auf insektenfreundliche Bepflanzung.

Gebiete mit speziell angelegten oder nicht gemähten Wiesenflächen:

- Anpflanzungen in Karl-Müller-Anlage und Alwin-Mittasch-Park samt Bienenhotel im Rahmen des Projektes „Lu summt + brummt“
- Auf der Rasenfläche im Brunckviertel hinter dem Service-Center der BASF Wohnen + Bauen befinden sich ca. 300 qm angelegte Bienenweide. Hier wurde zuvor der Boden speziell für Bienenweide vorbereitet, damit sich diese nachhaltig etablieren kann. Zudem gibt es im Brunckviertel Schnurbäume, Linden und Ahornbäume, bei denen sich zur Blütenbildung hunderte Insekten ansammeln.
- An der Wöhlerstraße gibt es eine insektenfreundliche Wiesenfläche sowie in Edigheim an der Kranichstraße. An der Kranichstraße sind es ca. 5.000 qm Wiesenfläche, die nur zweimal im Jahr gemäht werden. Vor dem Mähen werden die Flächen abgesehen, um bspw. Igel und andere Tiere zu retten.

Gibt es einen für die Umgestaltung verantwortlichen Mitarbeiter?

Für das Grünflächenmanagement ist ein Mitarbeiter der BASF Wohnen + Bauen zuständig, der eng mit Experten für den Landschaftsbau zusammenarbeitet.

Gibt es ein Konzept für die Umgestaltung bestehender Flächen und für Neuanlagen?

Bei der Anlage von Grünflächen in unseren Wohngebieten ist die insektenfreundliche Bepflanzung ein wichtiges Kriterium, das wir zusätzlich zu individuellen Bedingungen vor Ort wie Lage, Bodenbeschaffenheit, etc. berücksichtigen. Ziel ist es, Grünflächen zu schaffen, die Mensch und Umwelt nutzen – dem Menschen Erholung in nächster Nähe und Tieren Zuhause und Nahrung bieten. Je nach Lage bietet sich die ungemähte Wiese an oder insektenfreundliche Bäume, Sträucher und Blumen können ein nachhaltiger, langlebiger Lebensraum für eine große Artenvielfalt sein. Wichtig ist auch, dass gerade bei Neuanpflanzungen von Bäumen die ausgewählten Arten den klimatischen Bedingungen gut gewachsen sind.“

Der Antragsteller nimmt die Antwort zur Kenntnis.

zu 12 Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion Anwohnerparkplätze Herxheimer Straße

Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest die Stellungnahme der Verwaltung (Bereich Straßenverkehr), die mitteilt:

„Vorab einige Informationen wann eine Bewohnerparkzone überhaupt eingerichtet werden darf und über einen Bewohnerparkausweis:

- Die Anordnung von Bewohnerparkvorrechten ist nur dort zulässig, wo mangels privater Stellflächen **und** auf Grund eines erheblichen allgemeinen Parkdrucks die Bewohner des städtischen Quartiers regelmäßig keine ausreichende Möglichkeit haben, in ortsüblich fußläufig zumutbarer Entfernung von ihrer Wohnung einen Stellplatz für ihr Kraftfahrzeug zu finden.
- Die Bereiche mit Bewohnerparkvorrechten sind unter Berücksichtigung des Gemeindegebrauchs an öffentlichen Straßen, des vorhandenen Parkdrucks und der örtlichen Gegebenheiten festzulegen. Dabei muss es sich um Nahbereiche handeln, die von den Bewohnern dieser städtischen Quartiere üblicherweise zum Parken aufgesucht werden. Die maximale Ausdehnung eines Bereiches darf auch in Städten mit mehr als 1 Mio. Einwohnern 1 000 m nicht übersteigen. **In Ludwigshafen beträgt die ortsüblich zumutbare fußläufige Entfernung 200 m - 400m zum Parken im Nahbereich der Wohnungen. Deshalb sind bereits bestehende Bewohnerparkzonen im Stadtgebiet unter 500m in der maximalen Ausdehnung.**
- Innerhalb eines Bereiches mit Bewohnerparkvorrechten dürfen werktags von 9 bis 18.00 Uhr nicht mehr als 50%, in der übrigen Zeit nichtmehr als 75% der zur Verfügung stehenden Parkfläche für die Bewohner insgesamt reserviert werden.

Anspruchsvoraussetzung für den Bewohnerparkausweis:

- Bewohnerparkausweise werden auf Antrag gebührenpflichtig ausgegeben.
- Einen Anspruch auf Erteilung hat, wer meldebehördlich registriert ist und dort tatsächlich wohnt.
- Jeder Bewohner erhält nur einen Parkausweis auf ein von ihm dauerhaft genutztes Fahrzeug.

- Es besteht auch die Möglichkeit, wenn ein privater Abstellplatz vorhanden ist, jedoch 2 Fahrzeuge genutzt werden, beide Kennzeichen als „oder“-Kennzeichen in den Bewohnerparkausweis aufzunehmen, mit der Konsequenz, dass nur ein Fahrzeug in dem der Originalausweis ausliegt, innerhalb des Bewohnerparkbevorrechtigten Bereiches geparkt werden darf.
- Ist ein Bewohner Mitglied einer Car-Sharing-Organisation, wird deren Namen im Kennzeichenfeld des Parkausweises eingetragen. Das Bewohnerparkvorrecht gilt dann nur für das Parken eines von außen deutlich erkennbaren Fahrzeugs dieser Organisation (Aufschrift, Aufkleber am Fahrzeug) unter Auslage des Bewohnerparkausweises.

Anspruch auf einen garantierten Parkplatz besteht nicht, sondern nur die Möglichkeit innerhalb des für Bewohner reservierten Parkraumes sein Fahrzeug abzustellen, wenn ein Parkstand frei ist.

Abschließend kann zum vorliegenden Sachverhalt festgehalten werden:

1. In der Herxheimer Straße handelt es sich nicht um sogenannte Dauerparker. Sondern in der Hauptsache um Kurzzeitparker.
2. Insgesamt hat sich die Fahrzeugdichte erhöht, das bedeutet mehr als ein Fahrzeug pro Haushalt, so dass es im gesamten Stadtgebiet zu Engpässen bei Parkflächen kommt.
3. Bei einer durchgeführten Kontrolle der Verkehrsüberwachung am 19.08.2020 wurden lediglich fünf Verwarnungen erteilt.
4. Die bestehende Regelung in der Herxheimer Straße ist ordnungsgemäß und kann im Bezug auf Bewohnerparken nicht geändert werden.“

Der Antragsteller nimmt die Antwort zur Kenntnis.

zu 13 Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion Wißmann- und Petersstraße

Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest die Stellungnahme der Verwaltung (Bereich Kultur), die mitteilt:

„Die Wißmannstraße ist dem Offizier und Gouverneur von Deutsch-Ostafrika Hermann Wißmann (1853 – 1905) gewidmet.

Die Petersstraße ist dem Widerstandskämpfer Hans Peters (1896 – 1966) gewidmet.

Zu weiterführenden Informationen wird auf das vom Stadtarchiv herausgegebene Ludwigs-hafener Straßennamenbuch verwiesen.

Zurzeit überprüft das Stadtarchiv alle Straßennamen hinsichtlich einer möglichen Belastung. Das Ergebnis wird dann den kulturpolitischen Sprecher*innen vorgestellt, bevor es in den Kulturausschuss eingebracht werden wird.

Aufgrund des Umfangs der zu prüfenden Namen ist es wahrscheinlich, dass die vorbereitende Prüfung noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird.“

Der Antragsteller nimmt die Antwort zur Kenntnis.

Ortsvorsteher Andreas Rennig weist auf weitere Straße hin und dass man dieses Thema behutsam angehen sollte. Bei Änderungen bzw. einer Umwidmung sollte auf eine „gute Historie“ geachtet werden.

**zu 14 Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
 Umbaumaßnahmen an der Ernst-Reuter-Schule**

Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest die Stellungnahme der Verwaltung (Bereich Gebäudemanagement), die mitteilt:

„Die Brandschutzsanierung wurde im Stadtrat am 09. Februar 2015 beschlossen. Es sollen Brandschutztrennungen im Gebäude, den Treppenhäusern und den Fluren durchgeführt werden. Weiter müssen aus allen Klassenräumen der 2. bauliche Rettungsweg hergestellt werden. Es müssen die Sicherheitsbeleuchtung, EDV-Verkabelung und die Verkabelung für Notfall- und Gefahren-Reaktionssystem (NGRS) durchgeführt werden. Es werden auch Brandschutzmaßnahmen in der Turnhalle vorgenommen.

Die Maßnahme wurde vom Stadtrat in Höhe von 2.252.550 Euro beschlossen und wird zu 60% bezuschusst.

Die Sanierung erfolgt in mehreren Abschnitten und kann nur im laufenden Betrieb, in den Sommer- und Herbstferien erfolgen. Begonnen wurde mit den Brandschutzmaßnahmen in den Treppenhäusern im Jahr 2015.

2016 und 2017 wurden Elektroarbeiten, EDV-Verkabelung und Leitungen für NGRS verlegt. In diesem Zusammenhang wurden diverse Brandschutzschotts hergestellt.

Im Jahr 2018 und 2019 erfolgten die Durchbrüche für die Brandschutztüren. Die Fluchttreppen wurden 2019 hergestellt. Die Restarbeiten werden bis Ende 2020 erledigt.

Weiter werden im Jahr 2021 die Bauarbeiten für die Erweiterung, Umbau und Umnutzung der Ernst-Reuter-Realschule plus aus dem Kommunalen Investitionsprogramm (KI) 3.0 Kapitel 2 begonnen. Dabei ist auch vorgesehen die Toilettenanlagen in beiden Schulen zu sanieren. Die Maßnahmen sollen im Jahr 2023 fertiggestellt werden. Die Kosten wurden im Stadtrat mit 9,5 Mio. Euro genehmigt und werden zu 90% durch Bund und Land bezuschusst.“

Der Antragsteller nimmt die Antwort zur Kenntnis und behält sich vor in 2021 nochmals nachzufragen, ob alle Arbeiten abgeschlossen sind.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss der/die Vorsitzende um
16:10 Uhr die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 08.09.2020

Brigitte Kachelmeier-Schmitt
Schriftführer

Andreas Rennig
Vorsitzende/r